

## Ländliches Gemeingut und ständische Gesellschaft

*Jonas Hübner, Gemein und ungleich. Ländliches Gemeingut und ständische Gesellschaft in einem frühneuzeitlichen Markenverband. Die Essener Mark bei Osnabrück (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen; Bd. 307), Göttingen (Wallstein) 2020, 402 S., 2 Abb., 34 €*

Die Dissertation von Jonas Hübner von 2018 wurde von der Universität Duisburg-Essen als beste geisteswissenschaftliche Promotion ausgezeichnet. In der Tat handelt es sich um eine beachtliche Arbeit, die sich einreihet in die lange Reihe von Untersuchungen zu Gemeinheitsteilungen in Europa. Dies ist kein Zufall, amtierte doch Stefans Doktorvater Stefan Brakensiek, der dieses Forschungsfeld nachhaltig beackert hat. Doch möchte der Verfasser seinen eigenen Weg beschreiten, indem er sich in kritischer Distanz zu gängigen Paradigmen der Allmendeforschung verortet und von historischen und modernen Forschungsdiskursen absetzt.

Hübner bezieht erstens Position gegen die defizitfixierte Gemeingüterpolemik der ökonomischen Aufklärer und in logischer Konsequenz ebenfalls gegen die Adaption der historischen Allmendekritik durch modernisierungstheoretische Forschungsansätze. Diese seien einem »Paradigma des Niedergangs« verpflichtet, das sich im Licht der Quellen weniger als historische Realität denn als Diffamierungsdiskurs erweise. Zweitens weist er die Vorstellung von »herrschaftsautonomen Institutionen« zurück. Damit wendet er sich gegen die Romantische Rechtsschule des 19. Jahrhunderts, die »von einer grundlegenden Dichotomie zwischen Herrschaft und Genossenschaft« ausgegangen sei,

aber auch gegen den Interessensschwerpunkt der historischen Gemeindeforschung Südwestdeutschlands auf ländliche Gemeingüter »vorrangig im Hinblick auf die Dichotomie von Gemeinde und Obrigkeit, Bauern und Herren«. Für Hübner hingegen ist »Herrschaft« allen Gemeingüterorganisationen wesentlich eingeschrieben.

Hier setzt drittens seine Kritik an aktuellen Forschungen »zum institutionellen Design« von (neudeutsch) »Commons« an, die seit der Vergabe des Nobelpreises an Elinor Ostrom 2009 in großer Zahl und unter »hohem personellen und technischen Aufwand« vorangetrieben werden, dabei aber »eine affirmative Grundhaltung gegenüber Gemeingütern zur Forschungsprämisse« erheben. Vor diesem normativen Hintergrund bemängelt der Verfasser »die durchweg positive Präjudizierung vormoderner Gemeingüter, die ihrer tatsächlichen Verwaltung und Nutzung unter den Bedingungen ständischer Ungleichheit kaum gerecht« werde, sondern sich »einem postmodernen Erkenntnisinteresse an Commons als neuentdecktem Paradigma nachhaltiger Entwicklung« verdanke. Kollektive Formen von Landwirtschaft als Ausfluss bäuerlicher Nachhaltigkeitsstrategien zu beschreiben, stellt nach Hübner zwar eine »mögliche, doch keineswegs zwingende Interpretation der Struktur- und Handlungslogiken ländlicher Gemeingüterverwaltung und -nutzung dar«.

Wer in die Breite kritisiert, sollte selbst mit eigenen innovativen Ansätzen überzeugen. Der Verfasser tut dies, indem er seinen Blick »von den rationalen auf die relationalen, von den formalen auf die sozialen Logiken ländlicher Gemeingüterverwaltung und -nutzung« lenkt. Er orientiert sich am Konzept der »Ökonomie sozialer Beziehungen«, das Gabriele Jancke und der Rezensent in einem gleichnamigen Band von 2015 entwickelt haben,

und postuliert einen erweiterten Ökonomiebegriff, der Ressourcen und ihre Bewirtschaftung von sozialen Beziehungen zwischen den Akteuren her denkt. Diesem praxeologisch-relationalen Ansatz zufolge waren kollektive Ressourcen (nicht nur in der Essener Mark) nie bloß materielle, sondern stets »auch soziale Güter, deren Handhabung in das ständische Beziehungsgefüge eines korporativen Gruppenverbands eingebettet war«.

Aus diesem Blickwinkel würden sich Gemeingüter als relationaler Komplex aus Ressourcen, Akteuren und Praktiken materialisieren. Hübner situiert »Wirtschaft nicht als mehr oder weniger separate Sphäre in einem sozialen Kontext, sondern konzipiert Ökonomie als beziehungskonstituierende Kraft im Umgang mit kollektiven Ressourcen«. Allmendeorganisationen hätten auf ressourcenvermittelten Interaktionen basiert und würden eine gemeingüter-spezifische Relationalität hervorbringen, die sich durch komplexe multilaterale Beziehungen und Akteure charakterisierte. Auf dieser Folie würde die Essener Mark nicht nur einen topografischen Raum, sondern ein soziales Setting umreißen, das den Untergrund zu gemeingüterbasierter Vergesellschaftung abgibt. Für Hübner kann der Stellenwert kollektiver Gemeingüterverwaltung und -nutzung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für die gesamte ländliche Gesellschaft der Frühen Neuzeit kaum überschätzt werden, wobei Ressourcenzugang und -ausstattung das soziale Schichtungsgefüge determinierten.

Die Essener Mark erstreckte sich mit einer Fläche von 8453 ha über das Osna-brücker Bergland und das von der Hunte durchflossene niedersächsische Tiefland. Sie eignet sich als Untersuchungsraum, weil die in langer Dauer dichter werdende Überlieferung vom 11. bis ins 19. Jahrhundert reicht. Hübner nimmt vor allem die Zeitspanne vom Ende des

16. bis ins frühe 19. Jahrhundert in den Blick, während der vielfältige Akteure unterschiedlicher ständischer Qualität von erbgesessenen Bauern über land-sässigen Adel und das Domkapitel bis hin zur Landesherrschaft an der Mark partizipierten. Die Gemengelage von landesherrlicher Administration, grundherrlicher Güter- und bauerlicher Selbstverwaltung kondensierte in Praktiken der Organisation und Aneignung agrar- und forstwirtschaftlicher Ressourcen, zumal noch am Ende des *Ancien Régime* etwa die Hälfte des Landes gemeinschaftlich genutzt wurde. Dabei kristallisierte sich eine ständisch und herrschaftlich überwölbte Besitzhierarchie heraus, die einer unentrinnbaren Logik sozialer Positionierung entsprang und die gegebene Sozialtektonik perpetuierte. Die Teilhabe an den Ressourcen der Mark regelte sich mitnichten genossenschaftlich egalitär. Im Gegenteil: Ressourcen- und Rangkonflikte gingen ineinander über und verfestigten qua institutionalisierter Interaktionsmuster die im feudalen Rechts- und Privilegien-system angelegte Ungleichheit und die vorhandenen Gefälle hinsichtlich Sozialprestige und -status.

Methodisch fokussiert die Studie auf Konflikte, die bekanntlich bessere Überlieferungschancen haben als habituelles Alltagshandeln, das sich nicht verbalisierte und sich gleichsam »geräuschlos« vollzog. Hübner gibt zu bedenken, dass Auseinandersetzungen selbstverständlich zur Bewirtschaftung ländlicher Gemeingüter gehörten und nicht als Indizien einer strukturellen Krise verstanden werden dürfen. Erkennbar würden vielmehr komplexe, multipolare Konfliktfelder, in denen sich unterschiedliche Gruppen orts- und situationsabhängig in changierenden Konstellationen formierten. Die Konfrontationen verliefen keineswegs nach dem Schema Ge-

meinde versus Obrigkeit. Ergo stellten sie das ständische Herrschaftsgefüge nie grundsätzlich in Frage. Sie dienten den Beteiligten vielmehr als Arena, um gewohnheitsrechtlich legitimierte Teilhaberrechte an der Mark zu verteidigen oder neue Nutzungs- und Besitzansprüche durchzusetzen, was zu dem fundamentalen Wandel führt, der sich in etappenweiser Privatisierung des Gemeinguts im 18. und 19. Jahrhundert manifestierte. Dieser langfristige Prozess bildet sich in der Gliederung der Arbeit ab, die sich nach einleitenden Bemerkungen zum Untersuchungsrahmen (I) mit »Kooperation und Konflikt im 16. und 17. Jahrhundert« (II) sowie »Kontinuität und Wandel im 18. und 19. Jahrhundert« (III) befasst, um über Vergleiche mit der Lüb-becker Mark sowie der Oldendorfer Mark zu einem Fazit zu kommen (IV).

Von grundherrlicher Seite waren schon 1694 Vorschläge geäußert worden, denen zufolge eine Teilung der Mark auf Dauer unausweichlich wäre. Es dauerte hundert Jahre, bis die Bauernschaften um Stückelung und Einhegung der Gehölze baten. Ihr Anliegen begründeten sie mit dem Programm der ökonomischen Aufklärer, das als Ideal eine autarke Eigentümergeellschaft postulierte, in der Eigentumslose keinen Platz mehr hatten. Die »Anthropologie des Eigentums« (Rainer Beck) hatte sich endlich als »hegemonialer Diskurs« (Stefan Brakensiek) durchgesetzt und bereitete jetzt der endgültigen Aufteilung den Boden. Nach Hübner avisierte die Privatisierung der Mark weniger agrarreformerische Ziele als vielmehr die Verteidigung der Landressourcen gegen Ansprüche der wachsenden unterbäuerlichen Schicht von Landlosen.

Im Licht des Makrotrends in Richtung Liquidierung der Allmenden erstaunt Hübners Beobachtung, dass ab 1800 weder die französische noch die

preußische Herrschaft die Markenverwaltung tangierte. Die Unteraufseher, die weiterhin nach altem Muster aus dem Kreis der Genossen rekrutiert und aus Einnahmen ihrer Amtsausübung bezahlt wurden, erwiesen sich als »alternativlose« und wegen fehlender Mittel für Berufsbeamte »bestmögliche Markenaufsicht«, obwohl ihr Wirken von vielen Zeitgenossen als korrupt kritisiert wurde. Doch das Milizpersonal scheint besser als sein Ruf gewesen zu sein. In den Schlüsselpositionen der Lokal- und Regionalverwaltung gab es kaum Umbesetzungen, weshalb die französisch-westfälische Ablösungsgesetzgebung faktisch scheiterte. Im Gegenteil sei die alte, korporativ durchwirkte Ständeordnung unter der neuen Ordnung sogar noch gestärkt worden, weil die Marken als Geldquelle für die aufgrund von Steuerlast, Kontributionsdruck und Kriegsschulden desolaten Gemeindefinanzen von zentraler Bedeutung gewesen seien. Erst nach der Integration des Fürstentums Osnabrück in das Königreich Hannover 1815 habe sich die Machtmechanik in der Mark »von einer dezentrierten Polyektik ständischer Herrschaft [...] hin zu einer zentrierten staatlichen Amtsgewalt über die Mark« verschoben.

Die finale Auflösung der Mark mit Einhegungen seit 1817 und der Teilung 1823 bedurfte also des Verbunds von obrigkeitlicher »Durchstaatlichung« und des Privatisierungsdogmas. In der Folge, so Hübner, verlor die unterbäuerliche Bevölkerung ihre früher tolerierte Mitnutzung an der Mark und damit eine wichtige Subsistenzgrundlage. Die Separation entzog den Gemeinden zudem das Vermögen, aus dem sie zuvor Aufwendungen zur Erhaltung ihres Gemeinwesens bestritten hatten, und mit der Zerschlagung des traditionellen Nutzungsverbands gleichzeitig auch die Grundlage kommunaler Vergesellschaftung.

Zwar setzt Jonas Hübner die »historischen Commons« immer noch mit ländlichen Gemeingütern gleich. Gleichzeitig weist seine Studie über diese Forschungstradition hinaus, indem sie das Narrativ der Dysfunktionalität von Allmendesystemen konterkariert und deren Leistungsfähigkeit und Persistenz selbst in Zeiten fundamentalen Wandels staatlicher und rechtlicher Institutionen nachweist. Dabei wird deutlich, dass Gemeingüter als Katalysatoren von Vergesellschaftung wirkten, da Ressourcenzugang und -ausstattung »Schlüsselvariablen« der Ständeordnung darstellten. Im Licht dieses Befundes drängt sich auf, künftig auch ganz andere Ressourcensysteme in den Blick zu nehmen. Ein verstärktes Interesse für von kollektiven Logiken und Besitzverhältnissen konditioniertes Wirtschaften könnte wesentlich zum Verständnis des Makroprozesses der Dekorporierung sowie der damit verbundenen Ambivalenzen beitragen.

Daniel Schläppi (Bern)

## Das föderale Europa der Habsburgermonarchie

Jana Osterkamp, *Vielfalt ordnen. Das föderale Europa der Habsburgermonarchie (Vormärz bis 1918) (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum; Bd. 141), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2020, 531 S., 13 Abb., 80 €*

Die Historikerin und Juristin Jana Osterkamp hat mit *Vielfalt ordnen* ein beeindruckendes neues Standardwerk zur Verfassungs-, Verwaltungs- und politischen Ideengeschichte der Habsburgermonarchie vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg vorgelegt. Das Werk knüpft in vielem an die seit gut drei Jahrzehnten florierende, zunächst besonders

von US-amerikanischen Historikerinnen und Historikern inaugurierte »revisionistische« Historiographie der späten Habsburgermonarchie an, geht dabei aber eigene Wege und setzt neue Maßstäbe.

Die Habsburgermonarchie war ein multinationaler, multilingualer, multikonfessioneller und multikultureller Staat, der letztlich auf die dynastische Verbindung der österreichischen Länder der Habsburger mit den Königreichen Ungarn und Böhmen und deren Nebenländern zurückging. Erst allmählich nahm die ursprüngliche Personalunion mehr und mehr Züge einer die einzelnen Länder integrierenden Realunion an, in der das Königreich Ungarn eine Sonderstellung einnahm. Dass sich dieser Staat, der bis zu seinem Ende ein Imperium blieb und im Zeitalter des Nationalismus weder ein National- noch ein Einheitsstaat werden konnte, besonders als Studienobjekt einer föderalen Politik- und Herrschaftsgeschichte anbietet, liegt auf der Hand. Dennoch existierten für solche Studien bisher nur Ansätze.

In umfassender und systematischer Weise untersucht die Autorin sowohl die vielfältigen föderalen Ideen als auch die unterschiedlichen Formen der föderalen Praxis in der »komplexen, mehrstufigen Herrschaftsordnung« der Habsburgermonarchie von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Untergang Österreich-Ungarns 1918. In der Einleitung werden kurz die um 1848 entwickelten »föderalen Grundmodelle« vorgestellt, die für die weitere Entwicklung prägend bleiben sollten: der Nationalitätenbundesstaat, der historische Kronländerföderalismus, der österreichisch-ungarische Dualismus und verschiedene Ideen eines Trialismus, nicht-territoriale Autonomiekonzepte für nationale oder konfessionelle Gemeinschaften sowie der Verwaltungsföderalismus. Im Zuge des Versuchs der Klärung der Begriffe Föderation, Imperium und

Staat und der Frage ihrer Anwendbarkeit auf die Habsburgermonarchie betont die Autorin, dass die Geschichte politischer Kooperation in der Monarchie zeige, »wie sehr sich dort imperiale und föderale Momente überlagerten«.

Im ersten der zwölf Kapitel des Buches beginnt Osterkamp ihre Geschichte von hinten zu erzählen, mit dem Mitte Oktober 1918 unternommenen und zu diesem späten Zeitpunkt von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch Kaiser Karls, zumindest die westliche Reichshälfte Österreich-Ungarns durch den »Umbau in einen nationalen Bundesstaat« zu föderalisieren und damit vor der Auflösung zu bewahren. Das zweite Kapitel ist der »Herrschaftsvielfalt im Vormärz« gewidmet, wobei unter Vormärz die Zeit ab dem Wiener Kongress verstanden wird. Ausgehend von der These, dass sich in der Habsburgermonarchie »Territorien und Räume in einer Weise [überlagerten], die in der europäischen Geschichte ohnegleichen geblieben ist«, werden die einzelnen Ländergruppen und die für sie und in ihnen jeweils diskutierten und praktizierten föderalistischen Modelle gewissermaßen durchdekliniert.

Im dritten Kapitel steht der Verwaltungsföderalismus in der Habsburgermonarchie in Theorie und Praxis vom Wiener Kongress bis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich des Jahres 1867 im Zentrum – konkret der 1817 entworfene, aber nicht umgesetzte föderalistische Reformplan Metternichs, die Reformvorschläge des im April 1848 in Wien tagenden Ständischen Zentralausschusses und der neoabsolutistische Verwaltungsaufbau der 1850er Jahre. Das vierte Kapitel bietet eine eingehende Analyse der Nationsbildung und der vielfältigen Ideen und Pläne für die Schaffung eines Nationalitätenbundesstaates im habsburgischen »Europa im Kleinen« in der Revolution von 1848/49. Im fünf-

ten Kapitel wendet sich die Autorin den Petitionen galizischer Dörfer, Marktflecken und Städte an den konstituierenden Österreichischen Reichstag zu. In der größten Petitionskampagne wurde eine schließlich nicht realisierte Teilung und föderale Neuordnung Galiziens entweder gefordert oder abgelehnt. Durch die Kampagne wurden »konfessionelle, nationale und soziale Gräben zwischen Ruthenen, Polen und Juden« vertieft oder teilweise erst hervorgebracht.

Die zentralen Kapitel 6 und 7 sind einerseits den oktroyierten Verfassungen von 1849 und 1860/61 für den Gesamtstaat und andererseits dem »konföderativen Doppelhaus« Österreich-Ungarn von 1867 bis 1918 gewidmet. Mit der »Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich« vom 4. März 1849 trat »ein neuer föderaler Typus ins Leben, der historische Kronländerföderalismus«, »der nach 1867 für den österreichischen Reichsteil wegweisend werden sollte«. Dieser beruhte, so die Autorin, »auf einer einzigartigen, mehrstufigen Gleichberechtigungsordnung«, nämlich auf der Selbständigkeit und Gleichheit der Länder und der Landtage, der Gleichheit und Gleichberechtigung der Landes- und der Sprachnationen sowie einer zumindest ansatzweisen individuellen Gleichheit auf der Basis eines allgemeinen Reichsbürgerrechts. Für das Verhältnis zwischen den beiden Staaten Österreich und Ungarn ab dem Ausgleich bevorzugt die Autorin den Begriff Föderation oder Konföderation. Diese wiederum hatte, jedenfalls auf österreichischer Seite, »eine föderale Binnengliederung auf der Ebene der Kronländer«.

Gerade den Ländern wendet die Autorin in innovativer Weise ihre ganze Aufmerksamkeit zu, indem sie Österreich-Ungarn »erstmalig als mehrstufige Föderation untersucht«. Alle drei Herrschaftsebenen – das Reich, die beiden

Staaten und die einzelnen Kronländer des österreichischen Reichsteils – hatten, so die zentrale These, auf je spezifische Weise Anteil an der staatlichen Souveränität. Föderalismus wird von der Autorin definiert und verstanden »als vertikale Aufteilung von staatlicher Herrschaftsgewalt auf verschiedene Entscheidungsebenen innerhalb einer langfristig bestehenden politischen Ordnung«. Nach 1867 habe es nicht eine, sondern zwei »Habsburgermonarchien« gegeben, wobei der gemeinsame Monarch in Österreich das Staatsoberhaupt einer konstitutionellen und in Ungarn einer parlamentarischen Monarchie gewesen sei. Die für die Bewilligung des gemeinsamen Budgets beider Staaten zuständigen Delegationen, die sich aus Vertretern der Parlamente in Wien und Budapest zusammensetzten, gelten der Autorin zu Recht als »genuin föderale Institution« und »Ersatz für ein föderatives Parlament«.

Das achte Kapitel widmet sich, in einer treffenden Metapher ausgedrückt, der »Sehnsucht nach föderalen Eigenheimen unter dem gemeinsamen Dach der Monarchie oder sogar nach ganz eigenen Staatsräumen, die vom häuslichen Verbund der Habsburger losgelöst waren« in den Jahren nach 1867. Es geht dabei um den kroatisch-ungarischen Ausgleich von 1868, die im selben Jahr erlangte informelle Sonderstellung Galiziens und seiner polnischen adeligen Elite und die Sonderrechte Tirols sowie den 1871 gescheiterten Ausgleich in Böhmen. Im neunten Kapitel zeigt die Autorin unter Bezugnahme auf die Herrschaftssoziologie Michael Manns, dass die österreichischen Kronländer über viele Attribute von Staatlichkeit verfügten und in einigen Politikfeldern wie Staaten handelten, insbesondere in der Bildungs- und Unterrichts-, der Agrar-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Im zehnten Kapitel wendet sich die Autorin der Finanzgeschichte zu,

insbesondere dem Ausbau des Steuerstaats auf den drei Herrschaftsebenen Österreich-Ungarns: der »Aushandlung einer föderalen Finanzordnung« des Reiches, der beiden Staaten und der Kronländer sowie den Anfängen eines »kooperativen Finanzausgleichs« in den Jahren 1896 bis 1914. Besonderes Gewicht legt sie dabei auf den Umstand, dass die Kronländer in Gestalt sogenannter Länderkonferenzen ein informelles Forum der horizontalen Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit schufen, sodass etwa seit der Jahrhundertwende »zumindest in den österreichischen Kronländern der Pfad vom kooperativen Imperium zum kooperativen Föderalismus angelegt« gewesen sei.

Das mit »Krisenjahre« betitelte elfte Kapitel ist den Aporien eines rein territorialen Föderalismus und dem neuen föderalen Modell eines nicht an ein Territorium gebundenen Personenverbands in den letzten zehn bis zwölf Jahren Österreich-Ungarns gewidmet. Die Autorin skizziert verschiedene projektierte und praktizierte Modelle, so das austromarxistische eines demokratischen Nationalitätenbundesstaates, Föderalismusmodelle tschechischer und südslawischer Sozialdemokraten, die Einführung einer nationalen Personalautonomie in Mähren, der Bukowina und Galizien, die Möglichkeiten der politischen Partizipation der Juden in Galizien und der Bukowina sowie die ab 1908 in der De-facto-Kolonie Bosnien-Herzegowina eingeführte, an das osmanische Millet-System anknüpfende konfessionelle Personalautonomie.

Im letzten Kapitel wird durch die Analyse der politischen Ideenwelt des »Belvederekreises« (der Militärkanzlei und des Beraterstabs des Thronfolgers Franz Ferdinand) sowie der autoritär-konservativen Thronwechselprogramme ein Bogen zum ersten Kapitel ge-

schlagen, indem die Autorin deutlich herausstreicht: »Ohne die Verfassungsplanungen der Militärkanzlei von Franz Ferdinand hätte es das Völkermanifest des neuen Kaisers Karl vom 15. Oktober 1918 nicht gegeben. Karl knüpfte mit seinen Ideen [...] an das ›Belvedere‹ an.« Ein besonderer Clou des Schlusskapitels besteht darin, dass das von Osterkamp im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv ausfindig gemachte, auf Frühjahr 1914 zu datierende Thronwechselprogramm bislang als verschollen galt.

Die Verfasserin stützt sich bei ihrer »Suche nach neuen Antworten auf die Frage, was die habsburgische Ordnung zusammenhielt und weshalb sie zerfiel« auf die genaue Kenntnis der relevanten gedruckten und ungedruckten Quellen und Forschungsarbeiten in zahlreichen Sprachen und sie bedient sich souverän geschichtswissenschaftlicher, juristischer und politikwissenschaftlicher Fragestellungen und theoretischer Zugänge. Sie analysiert im Detail sowohl die Vielfalt föderaler Ideen als auch die ebenso vielfältige Praxis des Föderalen, vertieft und differenziert die bisherige Einzelforschung und entwirft ein neues und überzeugendes Gesamtbild der Habsburgermonarchie als gelebte Föderation. Von Beginn an war ihr Interesse an der Monarchie nicht nur von wissenschaftlicher Neugier angetrieben, sondern von der Überzeugung getragen, dass die »föderale Doppelperspektive auf Zusammenhalt und Zerfall [...], indem sie auf die Vergangenheit dieses ›Europa im Kleinen‹ zurückschaut, in manchem auch an die Gegenwart und die Zukunft, das Verbindende und das Trennende des ›Europa im Großen‹ denken« lasse. Ob Österreich-Ungarn zu Beginn des 20. Jahrhunderts tatsächlich als Modell für die »Ordnung von Vielfalt« in einem föderalen Europa im 21. Jahrhundert taugt, ist freilich ungewiss.

Das Buch hat nicht zu übersehende literarische Qualitäten. Zu seinen besonderen Vorzügen gehören der lange Untersuchungszeitraum vom frühen 19. Jahrhundert bis 1918 und die – an ältere Forschungen österreichischer Historiker wie Gerald Stourzh und Hans Peter Hye anknüpfende – facettenreiche Analyse der Rolle und Bedeutung der Länder im politischen System der Habsburgermonarchie beziehungsweise von deren westlicher Reichshälfte von 1848 bis 1918. Eine Königsidee war auch die exemplarische Einbeziehung der »Ikonographie des Föderalen« und die Illustrierung der Einleitung und der zwölf Kapitel mit je einer klug ausgewählten und luzide interpretierten und analysierten zeitgenössischen Bildquelle. Wenn man etwas kritisieren möchte, dann das Fehlen eines synthetischen, die reichen Erkenntnisse bündelnden Schlusskapitels.

Thomas Winkelbauer (Wien)

## Grenzen überschreitende Derwische

Cem Kara, *Grenzen überschreitende Derwische. Kulturbeziehungen des Bektaschi-Ordens 1826-1925 (Religiöse Kulturen im EuropaderNeuzeit; Bd. 15), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2019, 439 S., 3 Abb., 64,99 €*

Das Buch von Cem Kara befasst sich mit den Kulturbeziehungen des Derwisch-Ordens der Bektaschis (*Bektaschiyye*) über die Grenzen des Osmanischen Reiches und der frühen Republik Türkei hinaus. Die Bektaschis sind Anhänger von Hadschi Bektash Veli (Hacı Bektaş Veli, 1209-1271), einem Mystiker aus Khorasan/Iran, der sich in Anatolien niederließ und der Namensgeber des unorthodoxen und nonkonformistischen Sufi-Ordens

des Bektaschismus mit vorislamischen und schiitischen Konzepten ist.

Das im Titel erwähnte Jahr 1826 steht für das Verbot und die Verfolgung des Ordens durch den osmanischen Sultan Mahmud II. im Zuge der Zerschlagung der Janitscharen-Truppen. 1925 erfolgte ein erneutes Verbot des Ordens durch Mustafa Kemal Atatürk, einhergehend mit der Auflösung aller Derwisch-Orden in der neu gegründeten Republik Türkei – eine der Reformen, die der Türkei einen säkularen »westlichen« Charakter geben sollten. Kara skizziert die Kulturbeziehungen der Bektaschis in drei großen Kapiteln. Zusätzlich stellt er ein nützliches Glossar für spezielle Termini bereit.

In der Einleitung betont Kara, dass er die Kulturbeziehungen der Bektaschis mit anderen »religiösen Kulturen« im Osmanischen Reich und außerhalb auf drei Ebenen untersucht: Kulturkontakte, gegenseitige Wahrnehmungen und reziproke kulturelle Transfers, »wobei ein Fokus auf »westliche« Kulturen gesetzt wird. [...] Dabei ist stets die Frage virulent, auf welche Weise sich die religiöse Kultur der *Bektaschiyye* im Kontext kultureller Beziehungen transformierte.« Im Forschungsüberblick stellt Kara fest, dass viele Arbeiten die Beziehungen des Osmanischen Staates zu verschiedenen Kulturen aufgreifen, aber »horizontale Beziehungen zwischen den Kulturen lange Zeit wenig berücksichtigt« wurden. In den letzten Jahren erschließen Historiker/innen jedoch allmählich dieses Feld. Kulturbeziehungen und Kulturtransfers zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, einschließlich Sufi-Orden, seien aber »bisher weitestgehend unberücksichtigt geblieben« und »[e]ine Studie, die Kulturbeziehungen aus der Perspektive einer Gruppe darstellt, diese überregional und über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet und nicht auf die Beziehung mit einer einzelnen

weiteren Gruppe reduziert, liegt bislang nicht vor.«

Genau hier verortet Kara seine Arbeit. Das Ziel des Buches ist es, auf der Mikroebene personelle und kulturelle Verflechtungen zwischen Angehörigen »westlicher« und osmanischer Kulturen zu erschließen. Trotz extensiver Bektaschi-Forschung seien die bisherigen Arbeiten hierzu meistens ideologisch gefärbt, und obwohl die neuere Forschung die türkisch-nationalistischen Narrative widerlegt, habe dieser »Paradigmenwechsel nicht die gesamte Bektaschi-Forschung erreicht.« Es gebe aber Arbeiten aus der sunnitisch-hanefitischen Perspektive, des offiziellen osmanischen beziehungsweise türkischen Islams, und von Mitgliedern des Bektaschi-Ordens oder alevitischen Autoren, die pro-Bektaschi sind. In all diesen Arbeiten findet Kara forschungsrelevante Aspekte, die er in seinem Buch aufgreift.

Kara bedient sich unterschiedlicher Quellenarten. Zum einen verwendet er osmanische/türkische Quellen und zum anderen europäische (englische, französische und deutsche) Materialien. Innerhalb der osmanischen Quellen sieht Kara die Schriften von Bektaschis als die wichtigste Kategorie: religiöse Schriften, Monographien und Selbstreflexionen über Lehre, Ritus und Geschichte des Ordens sowie Zeitschriften von der Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Seine Arbeit speist sich auch aus unveröffentlichten Manuskripten, sogenannten »Derwisch-Notizen« aus türkischen Bibliotheken und aus dem Staatsarchiv in Albanien, die bis heute nicht berücksichtigt worden seien. Eine weitere Quelle sind Schriften von »Bektaschi-feindlichen Gruppen«, sunnitischen Gelehrten oder Sufi-Meistern, aus den Jahren 1826 bis 1925, welche verfasst wurden, um die »Irrlehren« der Bektaschis zu verunglimpfen und einen mit der Scharia kon-

formen Sufismus zu stärken. Die letzte Kategorie osmanischer Quellen sind staatliche Dokumente aus dem Osmanischen Archiv des Ministerpräsidentenamtes in Istanbul (Başbakanlık Osmanlı Arşivi; seit 2017 dem Präsidentenamt angegliedert).

In der Einleitung werden zunächst längere, jedoch notwendige konzeptionelle und begriffliche Vorüberlegungen über Kulturbeziehungen angestellt, wobei Kara verschiedene Konzepte wie »Kulturtransfer«, »Shared/Entangled History«, »Hybridisierung« oder »Transferkulturalität« vermengt und sie »unter dem forschungsgeschichtlich vergleichsweise neutralen Begriff der Kulturbeziehung« zusammenfasst.

Darauf aufbauend gliedert er seine Arbeit nach folgenden Fragestellungen und Themen: Zuerst macht Kara Typen der Kulturkontakte aus und analysiert, wie diese variierten, welche Muster oder Tendenzen sich abzeichneten und wie diese sich zwischen 1826 und 1925 veränderten. Zweitens untersucht er die Wahrnehmungsmuster zwischen den Bektaschis und anderen Kulturen. Drittens fragt er, ob und wie verschiedene Kulturen Kulturen voneinander aufnahmen, wie diesen ein neuer Kontext gegeben wurde und wie sie adaptiert wurden. Die Hauptfrage dabei ist, wie sich die religiöse Kultur – »Formen der Sinnstiftung, Symbolik, Glaubenslehre, Ritualpraxis und nicht zuletzt auch der Selbstreflexion über die eigene Religion« – des Bektaschi-Ordens durch Kulturbeziehungen veränderte. Den zwei Kapiteln zu diesen Fragestellungen vorangestellt ist ein einführendes Kapitel, das die Entstehung, soziale Ordnung, Glaubenslehre und die soziopolitische Geschichte der *Bektaschiyye* behandelt.

Im dritten Kapitel geht es um die Beziehungen der Bektaschis mit Kulturen aus dem Osmanischen Reich. Diese

innerosmanischen Kulturbeziehungen prägten die Geschichte des Ordens maßgeblich. Der Autor unterteilt sein Hauptthema in Beziehungen mit Sunniten und mit Christen, wobei bei Ersteren Diskriminierung und Konformismus im Vordergrund stehen, während in Bezug auf Christen Ähnlichkeiten der Glaubensgrundsätze und Heiligenverehrung unterstrichen werden. Das Kapitel endet mit einer Analyse der Beziehungen zwischen den Bektaschis und den *Kızılbaş-Aleviten*. Letztere sind die größte religiöse Minderheit in der Türkei und fühlten sich seit dem 16. Jahrhundert den Bektaschis nahe; auch die Rituale, Glaubenslehre und Heiligenverehrung der beiden näherten sich zunehmend an. Im 19. Jahrhundert gab es Versuche, die *Kızılbaş* an das Bektaschitum zu binden.

Im vierten Kapitel befasst sich der Autor mit den Kulturen außerhalb der Grenzen des Reiches. Im Zentrum stehen dabei Kulturbeziehungen mit dem »Westen«, da diese am »ausgeprägtesten« gewesen seien, auch wenn es daneben in den Grenzgebieten Kulturbeziehungen mit Russland und dem Iran gegeben habe. Thematisiert werden Kontakte und Kulturbeziehungen mit Nordamerikanern und Westeuropäern (darunter auch protestantische Missionare), deren Wahrnehmungen der Bektaschis, Verflechtungen zwischen Freimaurern und Bektaschis und zuletzt die Wahrnehmung und der Transfer westlicher Kulturen durch die Bektaschis.

Trotz der Komplexität des Themas versteht es Kara, den Leser/innen die vielseitigen Verflechtungen und Beziehungen analytisch wie sprachlich meisterhaft nahezubringen. Die Loslösung der Arbeit von klar ideologischen und nationalistischen Sichtweisen sticht hervor. Grundlage sind die verschiedenen und vielschichtigen, auch bis dato häufig unbeachteten (vor allem aus albanischen

Archiven stammenden) türkischen und westlichen Quellen, die Kara gewissenhaft analysiert.

In einem der interessantesten Abschnitte geht Kara auf die Verflechtungen zwischen den *Bektaschiyye* und westlichen Freimaurern ein. Seine Ausführungen behandeln die nordamerikanischen Mystic Shriners, den Ancient Arabic Order of the Nobles of the Mystic Shrine, seit den 1870er Jahren eines der größten Freimaurernetzwerke der USA, sowie die Beziehungen zwischen orientalischem Bektaschismus und arischem Okkultismus des Rudolf Freiherr von Sebottendorf in Deutschland, der Ersteren als »arische Spielart der Freimaurerei auslegte«. Sebottendorf war der Gründer der Thule-Gesellschaft, welche nach dem Ersten Weltkrieg in gewisser Hinsicht den Aufbau der NSDAP beeinflusste.

Abgesehen von einigen Unsicherheiten in den Transkriptionen ist Karas Monographie eine Meisterleistung, da eine Untersuchung des Bektaschitums mit all seinen Beziehungen und Verflechtungen längst überfällig war. So eine interessante, aber an eine kleine akademische Zielgruppe gerichtete Studie auf Deutsch zu schreiben, ist – ich mag mich irren – umso mehr eine ungünstige Wahl. Denn dies könnte dazu führen, dass der Leserkreis sehr begrenzt bleibt. Es bleibt zu hoffen, dass das Buch ins Englische und Türkische übersetzt wird.

Necati Alkan (Bamberg)

## Reporter-Streifzüge

Michael Homberg, *Reporter-Streifzüge. Metropolitane Nachrichtenkultur und die Wahrnehmung der Welt 1870-1918* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 223), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2017, 396 S., 45 Abb., 59,99 €

Die Untersuchung von Michael Homberg widmet sich aus einer komparatistischen und »medienkulturwissenschaftlichen« Perspektive der Herausbildung der Figur des Reporters und des Genres der Reportage im Zuge der sogenannten massenmedialen Sattelzeit zwischen 1870 und 1918. Damit tritt Homberg in große Fußstapfen. Zwanzig Jahre zuvor sind in der Reihe *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* schon Jörg Requate Untersuchungen zur Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert erschienen, mit denen dieser einen ebenso grundlegenden wie wegweisenden Beitrag zur journalistischen Professionalisierungs- und Professionsgeschichte geleistet hat. Mit der international vergleichenden Anlage und dem sozialgeschichtlich grundierten professionshistorischen Ansatz hat Requate für die Geschichte des modernen redaktionellen Journalismus auch methodisch wichtige Referenzpunkte gesetzt, die diesem Forschungsfeld nachhaltig neue Impulse verliehen haben. Requate setzte sich in seiner Pionierstudie vor allem mit der vielschichtigen Professionalisierung des Journalismus als Beruf durch die »Ver-nachrichtlichung der Berichterstattung« auseinander. Demgegenüber interessiert sich Homberg speziell für den literarischen Journalismus als eher »kreativen Modus« journalistischer Weltaneignung und -wahrnehmung. Für ihn ist »die Annahme erkenntnisleitend, dass sich der Augenzeugen-Journalismus des Reporters als Form der Nachrichtenliteratur gerade in der Konkurrenz zu Nachrichtenagenturen und Korrespondenzbüreaus etablierte und so zugleich als Ideal und Irritation des »Informations-Journalismus« verstand.«

Wie Requate vergleicht auch Homberg in seinen *Reporter-Streifzügen* die Entwicklungen in Deutschland, Frank-

reich, Großbritannien und den USA – beziehungsweise, um genauer zu sein, »nur« die Entwicklungen in den jeweiligen Metropolen Berlin, London, New York und Paris. Dafür ausschlaggebend ist seine Annahme, dass die »Mediengesellschaften der Jahrhundertwende auf der Inszenierung metropolitaner Öffentlichkeiten« gründeten und insbesondere die vielfältigen Formen der Reportage für die Herausbildung urbaner Identität von »außerordentlicher Bedeutung« waren. Der sozialen Grenzen dieses Zugangs ist sich Homberg bewusst: »Als Reporter sind die Protagonisten dieser Studie Teil einer Avantgarde.« Damit fokussiert sich Homberg außerdem zeitlich auf die äußerst spannende »Experimentierphase« der Etablierung des Genres der Reportage, in der diese »ungleich stärker als in den »goldenen« 1920er und 1930er Jahren zwischen diversen Formen dokumentarischen Schreibens im Grenzbereich zwischen Augenzeugenberichterstattung und autobiographischen Skizzen und literarisch-feuilletonistischen Erzählens in Form von Briefen, Bildern oder Plaudereien etc. oszillierte.«

Anders als Requate, in dessen übergreifenden Untersuchungen die im Laufe des 19. Jahrhunderts sich professionalisierenden Strukturen des redaktionellen Journalismus im Mittelpunkt standen, nimmt Homberg insbesondere Praktiken und Prozesse in den Blick, die sich auf die subjektiv-performative »Herstellung von Fakten« mit Mitteln der investigativen Recherche und ihre spezifische journalistisch-literarische Inszenierung beziehen. Die vom Autor benutzte Wendung der »Fabrikation von Nachrichten« erinnert dabei (auch wenn Homberg diese Referenz selbst nicht setzt) unmittelbar an die wissenschafts- und wissenschaftsanthropologischen Studien zur Fabrikation von Erkenntnis von Karin Knorr Cetina, die mit ihren Laborstudien

einen wesentlichen Beitrag zur praxeologischen Wende in der Wissenschaftssoziologie leistete. Wie Wissenschaftler bewegten sich die Reporter in den Metropolen als »Laboratorien der Moderne« und eigneten sich für ihre Schreib- und Recherchepraktiken ebenso die empirische Ästhetik zeitgenössischer Literatur wie die empirischen Methoden der gerade entstehenden Soziologie an. Diese methodischen Adaptionen lassen sich so als ko-evolutive Prozesse interpretieren, in dem sich der »Augenzeugen-Journalismus« als kritisch-reflexive Instanz der Selbstbeobachtung der Gesellschaft herausbildete.

Um diese komplexen Entwicklungen nachzuzeichnen, verknüpft Homberg geschickt Makro- und Mikroperspektiven. So legen die Kapitel zwei und drei die Grundlagen und sind aus der Vogelschau geschrieben. Sie widmen sich in vergleichender Perspektive der Genealogie und Herausbildung der »Reportage als Genre der factual fictions« zwischen Beobachtungswissenschaften, Journalismus und Literatur sowie der Sozialgeschichte des Reporters im Kontext des sich im 19. Jahrhundert professionalisierenden Journalismus. Zwar konstruiert Homberg hierbei den Reporter als geschlechtsneutrale Sozialfigur, trotzdem wird die Frage des Geschlechts eher unbefriedigend behandelt. Es bleibt bei Hinweisen, dass die Rolle des Reporters das Potential hatte, zeitgenössische Geschlechterbilder zu unterminieren, und dass die Zahl der Reporterinnen in Europa und den USA gering war.

Kern der *Reporter-Streifzüge* sind indes die als Tiefenbohrungen konzipierten Fallstudien zu den Nachrichtenlogiken der Reportage in globaler und lokaler Hinsicht. Im Hauptkapitel vier geht es dabei um die Logik metropolitaner Nachrichtenkultur und die Stadt als Ort und Ziel »investigativer Expeditionen«: »Die

größte Pressestory des 19. Jahrhunderts war das Großstadtleben selbst.« Die von der Industrialisierung aufgeworfenen sozialen Fragen und Missstände – vor allem Arbeitsbedingungen, Armut, Krankheit, Kriminalität, aber auch Nachtleben, Sensationen, Unfälle, Unglücke, Vergnügen etc. – all die Facetten und Bruchzonen der Moderne bündelten sich in den Metropolen und stellten den Reporter vor die Herausforderung einer neuen »großstädtischen Komplexitätserfahrung«, die es mit innovativen journalistischen Formen und Recherchestrategien einzufangen galt. Mit einem vielgestaltigen Rollen-set – mal als Aufklärer und Flaneur, mal als Entdecker, Ermittler, Sozialkritiker – avancierte der Reporter dabei »in seinen Augenblicksbeobachtungen zum Chronisten des metropolitanen Wandels.«

Im Hauptkapitel fünf rücken die Logik der Globalnachrichten, der Reporter als moderner schriftstellernder Welterkunder und -vermittler sowie die Modi der Kolonial-, Kriegs- und Reisereportage in den Fokus. Mit solchen Nachrichten aus entlegenen Gegenden und fremden Ländern, von Krisen und Kriegsschauplätzen »wurde die ›Welt‹ zum Gegenstand der Alltagskommunikation« für die Menschen zu Hause. Mehr noch als die Reporter in den Metropolen werden sie im Kontrast zu den Faktenmeldungen global operierender Nachrichtenagenturen zu »prominenten Nachrichtenmachern« und sogar Star-Reportern, begleiten Expeditionen, berichten von vorderster Front oder inszenieren Rennen und Reisen rund um die Welt, wobei der exotisierende Gestus ihrer Reportagen »in auffälliger Weise die Grenzen und Muster eines imperialen Blicks auf die Welt« offenbart und teilt.

Hombergs Studie zu dem sich mit der medialen Moderne herausbildenden Wechselspiel zwischen Fakten und Fiktionen im Modus der Reportage zeichnet

sich durch eine bestechende Kenntnis der Forschungs- und zeitgenössischen Literatur sowie einen enormen Quellenreichtum aus, der insbesondere auf einer eingehenden Recherche eines umfassenden Korpus an Reportagen in Zeitschriften und Zeitungen gründet. Einmal mehr zeigt sie eindrucksvoll die erkenntnisproduktive integrative Vermittlung literatur-, geschichts-, kommunikations- und medienwissenschaftlicher Perspektiven für die historische Kommunikationsforschung. Obendrein ist sie außerordentlich anregend geschrieben. Immer wieder entrollt Homberg Fäden oder wirft Fragen auf, die sofort weitere Nachforschungen verdienen. Trotzdem hätte ein deutlicher konturiertes Erkenntnisinteresse und mehr Lese(r)-lenkung und Struktur Hombergs Studie sehr gut getan. Was durchweg fehlt, sind Momente des Innehaltens, Kondensierens, Systematisierens und Resümierens – auch im Sinne der weiteren Rezeption dieser aufwendigen, ergebnisreichen und inspirierenden Untersuchungen. Trotz dieser Monita leistet Homberg mit *Reporter-Streifzügen* einen relevanten und wichtigen Forschungsbeitrag zur journalistischen Professionalisierungs- und Professionsgeschichte, dessen großes Verdienst es ist, dem »Blick des Reporters als Paradigma moderner Wirklichkeitserfassung« ebenso facettenreich wie tiefgründig nachzuspüren.

Erik Koenen (Bremen)

## Weltzeit im Kolonialstaat

Sebastian-Manès Sprute, *Weltzeit im Kolonialstaat. Kolonialismus, Globalisierung und die Implementierung der europäischen Zeitkultur in Senegal, 1880-1920* (Global- und Kolonialgeschichte), Bielefeld (transcript) 2020, 396 S., 13 Abb., 58 €

Raum organisieren, Menschen organisieren: Das ist, zugegeben, meinerseits eine eher schlichte Bestimmung des Ziels kolonialer (oder überhaupt: staatlicher) Machtkonstellationen. Immerhin enthält sie drei der wesentlichen Faktoren, die für eine erfolgreiche Beherrschung – und das heißt vor allem: Nutzung wie auch Ausbeutung – unterworfenen Gebiete als wesentlich angesehen werden. Man muss ein Territorium gestalten, muss die dort ansässige Bevölkerung gewinnbringend einsetzen und muss Organisationsformen installieren (Rechts- und Wirtschaftssystem, Infrastrukturen etc.), die diese Anliegen befördern können.

Interessanter- und kaum zufälligerweise fehlen bei dieser reichlich zynischen, die koloniale Perspektive reproduzierenden Sichtweise zwei Aspekte. Zum einen kommen die Kolonisierten nicht vor, zum anderen wird der Faktor Zeit nicht berücksichtigt. In den vergangenen Jahrzehnten ist bereits viel getan worden, um diejenigen, die Kolonialismus erlitten haben, als Akteure zur Geltung kommen zu lassen – auch wenn nahezu täglich zu lernen ist, wie lange wir noch brauchen werden, um dieser Geltung hinreichend Raum zu schaffen. Bei der Kolonisierung der Zeit hingegen durfte sich lange die Frage hinterrücks anschleichen, ob es sich denn überhaupt um einen relevanten Aspekt handelt, oder ob Zeit nicht vielmehr eine Gegebenheit ist, die in ihrem unerbittlichen So-Sein hinzunehmen (und ansonsten ökonomisch bestmöglich zu nutzen) ist.

Dass Prozesse der Kolonisierung von Zeit in afrikanischen Gesellschaften einen zwar bedeutsamen, aber bisher nur randständig beforschten Gegenstand darstellen, hebt Sebastian-Manès Sprute gleich zu Beginn seines Buchs hervor. Der Mangel an einschlägigen Arbeiten liegt nicht nur in bestimmten Traditionen der historischen Forschung

begründet, für die weit über den kolonialgeschichtlichen Zusammenhang hinaus festgestellt werden kann, dass sie einer Zeiten-Geschichte lange keine besondere Aufmerksamkeit schenkte. (Nicht zuletzt aufgrund aktueller Problemkonstellationen, wie der Klimakrise, scheint sich eine solche Zeiten-Geschichte jedoch zunehmend aufzudrängen.) Es liegt auch an der schwierigen materiellen Grundlage für solche Untersuchungen, will man eine Zeiten-Geschichte nicht im Nacherzählen von technischen Innovationen für Uhren oder von politischen Maßnahmen für Kalenderorganisationen enden lassen (auch wenn das Fragestellungen sind, die zweifellos hohe Relevanz besitzen). Will man darüber hinaus kenntlich machen, welche kulturelle Relevanz die Zeit(en) hat(ten), wie also Zeitmodelle zur Konstitution von Bedeutungskollektiven beitragen, dann ist es tatsächlich nicht leicht, entsprechende Materialbestände zu identifizieren. Diese Schwierigkeit steigert sich noch einmal in einer kolonialen Situation, bei der die Überlieferungslage ohnehin vielen Unwägbarkeiten und Asymmetrien unterworfen ist.

Der Zeit und der Zeiten wird man daher häufig nur indirekt habhaft. Das ist wohl auch dem Umstand geschuldet, dass man ohnehin recht schnell in metaphysischen Gefilden landet, wenn es um Fragen der Zeit geht. Während alles Räumliche konkret sichtbar, greifbar und messbar ist (oder den unbedarft Betrachtenden zumindest so erscheint), wird alles Zeitliche nur über Umwege erfahrbare. Und zumeist sind es Umwege, die sich der Verräumlichung von Zeit bedienen.

Insofern darf man Sebastian-Manès Sprute schon einmal dankbar sein, sich trotz all dieser vorhersehbaren Verkomplizierungen in seinem Buch an dieses Thema herangewagt zu haben. Und er hat damit auch eine Menge gewagt, zum

Beispiel das Zulassen von kaum zu schließenden Informations- und Wissenslücken oder von sich zwar aufdrängenden, aber kaum zu beantwortenden Fragen.

Sprute hat als seine Fallstudie den Senegal als westafrikanische Kolonie Frankreichs an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gewählt. Er nimmt damit einen ›Zeit-Raum‹ in den Blick, der nicht nur als Hochphase imperialistischer Ausdehnungen gelten darf, sondern der auch für das Ausgreifen einer imperialistischen Zeitpolitik steht. Denn es ist kaum als Zufall anzusehen, dass die Meridian-Konferenz in Washington 1884 zur Einteilung der Weltzeit kurz vor der Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 zur Aufteilung des afrikanischen Kontinents stattfand.

Wie (und ob) die Auswirkungen dieser beiden weitreichenden Ereignisse in den französischen Kolonien Westafrikas zusammentrafen, stellt Sprute in seiner Arbeit systematisch dar. Fast die gesamte erste Hälfte der Darstellung konzentriert sich auf die Zeitmodelle der Kolonisierenden und die damit einhergehende »Zivilisierungsmission«, nimmt also die europäische Perspektive ein. Die zweite Hälfte des Buchs kehrt die Blickrichtung um und kümmert sich um die Implementation der neuen Zeitordnung (und ihr Scheitern), indem sie den Umgang mit Uhren, Kalendern und Arbeitszeitordnungen ebenso in den Blick nimmt wie die temporalen Kulturtransfers zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten. Verlassen muss sich Sprute dabei so gut wie ausschließlich auf administratives Archivmaterial, das aus Sicht der Kolonisierenden produziert wurde.

Dabei waren es nicht zuletzt die unterschiedlichen Zeitauffassungen, die von den Kolonisierenden als Indikatoren für den zivilisatorischen Abstand gesehen wurden, den sie den Kolonisierten attestierten. Sprute kann jedoch an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine

bedeutsame Verschiebung feststellen: Der Faktor Zeit wurde von einer kulturellen Größe im Rahmen der seitens Frankreichs ausgerufenen Zivilisationsmission zu einer ökonomischen Größe im Zusammenhang von Wertschöpfungsanstrengungen. Im Alltagsleben konnten sich diese Zeitmodellierungen der Kolonisierenden jedoch kaum einnisten, was einmal mehr die generelle Beobachtung bestätigt, dass Zeitkulturen sehr zählebige, um nicht zu sagen: schwerfällige Angelegenheiten sind, die sich nur mittels intensiver und nachhaltiger Bearbeitung tatsächlich verändern lassen. Das gelang in Senegal nur auf administrativer, kaum aber auf kultureller Ebene. In Dakar, dem Zentrum der französisch-westafrikanischen Kolonie, mögen die Uhren europäischer Zeitordnungen ihren Einfluss noch ausgeübt haben. Je weiter man sich von dort jedoch wegbewegte, desto schwächer wurde das Ticken ihrer Zeiger, weil es von anderen, längst etablierten Zeitmodellen übertönt wurde und sein tatsächlicher Nutzen kaum einzusehen war – insbesondere dann nicht, wenn mit diesem Ticken vornehmlich Sanktionen gemessen oder soziale Disziplinierungen durchgesetzt werden sollten.

Wenn sich das europäisch-westliche Weltzeitmodell durchsetzen konnte, dann – wie so häufig – aufgrund ökonomischer Rahmenbedingungen. Hier wurde diese temporale Rahmung als Norm gesetzt und damit unausweichlich. Das galt allerdings fast ausschließlich für die Handelswirtschaft, zeigte sich daher vornehmlich im Alltag von Eliten, die sich ohnehin an den zentralistischen Zeitstandards ausrichteten. Für das Leben der Vielen waren hingegen die Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse bestimmend, und gerade diese waren nicht von einer abstrakten Weltzeitordnung bestimmt, sondern von einem Ma-

ximierungsgedanken, der im Zweifelsfall auf temporale Reglementierungen nicht viel gab.

Begreift man ›Zeit‹ daher vornehmlich als eine kulturelle Ordnungsleistung, dann sind die Ergebnisse von Sprutes Arbeit eindeutig: Trotz aller formalen Bemühungen zur Etablierung einer Weltzeitordnung in Senegal zeigt die gelebte Praxis eine große Heterogenität der temporalen Bezugssysteme, bei denen lokale Zeitrhythmen oder muslimische Zeitordnungen eine bedeutendere Rolle spielten. Insbesondere muslimische Kalender setzten sich in Senegal viel eher durch als das europäische Weltzeitmodell. Denn während Erstere für den Alltag Relevanz gewinnen konnten, diente Letzteres eher dazu, die ›zivilisatorische‹ Distanz zwischen Kolonisierenden und Kolonisierten zu markieren.

Es scheint sich also auch hier ein Bild zu ergeben, wie es im Zusammenhang mit staatlichen oder kolonialen Machtkonstellationen so häufig zu beobachten ist: Das Ordnen von Räumen, Menschen und auch Zeiten war erfolgreich, obwohl es ständig scheiterte. Dieses Scheitern wird im Kurzfristigen und Mikroskopischen offenbar, zeigt sich in der lokalen Praxis, an den passiven oder auch aktiven Widerständen, am Abprallen oktroyierter Ordnungsmodelle an einer Lebenswelt, die nicht einfach umgekrempelt werden konnte. Die Erfolge werden hingegen erst in der Langfristigkeit erkennbar (und wirken eben bis heute fort), zeigen sich an der erfolgreichen und folgenreichen Etablierung persistent angelegter Strukturen, denen kaum auszuweichen ist.

Auch wenn die Lektüre von Sprutes Arbeit, das muss man sagen, nicht immer ein darstellerischer Genuss ist, da der Autor ebenso zum wissenschaftstypischen Nominalstil wie zu Nebensatzbeladenen Bandwurmkonstruktionen neigt, erwar-

tet diejenigen, die ein bisschen Geduld bei der Lektüre mitbringen und sich durch die sprachlich etwas zähe Hülle beißen, einiges an Erkenntnissen zur Zeiten-Geschichte – vieles auch, das weit über die Kolonialgeschichte hinausweist.

Achim Landwehr (Düsseldorf)

## Entnazifizierungsgeschichten

Hanne Leßau, *Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen (Wallstein) 2020, 526 S., 2 Abb., 46 €*

Nehmen wir einmal an, es ist doch etwas komplizierter gewesen, als es Lutz Nietammers Diktum von der *Mitläuferfabrik* suggeriert. Spätestens seit dieser 1972 publizierten, bahnbrechenden Studie gelten die 1945 seitens der Alliierten in den drei westlichen Besatzungszonen eingeführten Entnazifizierungsverfahren als eine ebensolche. Das Deutungsnarrativ vom Scheitern der politischen Überprüfung der Deutschen ist seither in zahlreichen Studien namhafter Historikerinnen und Historiker fort- und festgeschrieben worden; etablierte und letztlich unhinterfragte Zuschreibungen à la »Persilscheine« für die damals vorgelegten Leumundszeugnisse sind ein sprechendes Beispiel dafür. Dass dieses mithin als auserforscht geltende Forschungsfeld jedoch noch manche Überraschung birgt, die die Erzählung von der gescheiterten Entnazifizierung zu konterkarieren versteht, zeigt die Historikerin Hanne Leßau in ihrem Buch auf anschauliche und augenöffnende Art und Weise.

Zwar stellt auch sie die in den Entnazifizierungsausschüssen erfolgte Rehabilitierung faktisch Belasteter nicht infrage, doch vermag sie über den ge-

wählten erfahrungsgeschichtlichen Zugang gänzlich neue Perspektiven zu eröffnen. Dafür betrachtet sie die Entnazifizierung nicht ex post von ihrem Ergebnis her, sondern nimmt sich den eigentlichen Verlauf vor – und diesen eingebettet in seinen Entstehungskontext. Dies bedeutet für Leßau ganz konkret, die »soziale Praxis« der Entnazifizierung, »das Verhalten der verschiedenen Beteiligten sowie die Erfahrungen und Sichtweisen empirisch zu rekonstruieren, die den Umgang mit der NS-Vergangenheit in diesem Kontext prägten«. Tatsächlich wurde das Entnazifizierungsverfahren und die ihm vorausgehenden Schreibakte, wie es Leßau anschaulich zu zeigen vermag, zu einem Zeitfenster, in dem sich die Betroffenen intensiv mit ihrer eigenen NS-Biografie auseinander und sich in Beziehung zur Nazi-Diktatur setzten. Dabei entwickelten die Überprüften »spezifische Deutungen ihrer eigenen NS-Vergangenheit [...], die sie in Distanz zum Nationalsozialismus rückten«. Durch die Betonung ihres eigenständigen, prinzipientreu geführten Lebens – zu den Rechtfertigungsstrategien zählten neben der Hervorhebung ausgewählter Ereignisse und Handlungen, mit denen sie sich in Opposition zum NS-Regime setzten, auch öffentliche Unmutsbekundungen, Widerspruch oder Toleranzakte gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus – versuchten sie zu zeigen, so die Deutung Leßaus, dass sie sich dem Machtanspruch des totalitären Regimes entzogen hatten, sich selbst treu geblieben waren: »Der Wert der Vergangenheitsdeutungen der Entnazifizierung lag gerade darin, keinen ›Identitätswechsel‹ notwendig zu machen, sondern Anschluss an vergangene Erfahrungen und den früheren Lebensverlauf herzustellen.« Wenig überraschend griffen sie dafür zumeist auf Ereignisse aus den frühen Jahren

nach der ›Machtergreifung‹ zurück – die entgrenzte Gewalt der letzten Kriegsjahre oder der NS-Massenmord wurde in kaum einer Eingabe auch nur im Ansatz berührt.

Für ihre Analyse nimmt Leßau nicht, wie schon oft geschehen, die einstigen NS-Eliten in den Blick, sondern insbesondere Handwerker, ungelernte Arbeiter, Lehrerinnen, Sekretärinnen und kommunale Verwaltungsangestellte aus der britischen Besatzungszone. Hier waren die Verfahrensweisen der Überprüfungsverfahren weniger bekannt und von den Betroffenen entsprechend kompliziert zu antizipieren. Grundlage ihrer Forschung bildet zunächst ein per Zufallsgenerator ausgewähltes Sample von 800 der 1,16 Millionen in Nordrhein-Westfalen überlieferten Einzelfallakten, die sie durch eine beachtliche Zahl an Selbstzeugnissen kontrastiert, in denen die eigene Entnazifizierung zum Thema wurde. In dieser privaten Kommunikation – bestehend aus Briefwechseln, Notizen, Tagebüchern und anderen Egodokumenten sowie abgehörten Telefongesprächen – hielten die Verfasser und Verfasserinnen biografische Rückschau und eröffnen somit bislang verschlossene Perspektiven auf ihre eigenen Verfahren: Introspektion und Rechtfertigung. Leßau gliedert das Buch in sechs Kapitel, die, nachdem zunächst die Entnazifizierungspolitik der alliierten Behörden als solche vorgestellt wird (1), die einzelnen Etappen in ihrer ganzen Breite nachzeichnen: Entstehung und Beantwortung der Entnazifizierungsfragebögen (2), die Suche nach Leumundszeugnissen und deren argumentative Struktur (3), die eigenen Erklärungen für Mitgliedschaften und politische Tätigkeiten im Dritten Reich und unübersehbare Leerstellen in den persönlichen Eingaben (4), die Funktion, Praxis und Interaktion mit den Ausschüssen (5) sowie abschließend das Nachleben der

Entnazifizierungsakten und die lange Wirkmächtigkeit der in den Verfahren entwickelten Selbstbilder (6).

Gerade anhand der zahlreich ausgewerteten Selbstzeugnisse vermag Leßau einzelne Reflexionsprozesse nachzuzeichnen und so die den Fragebögen innewohnenden argumentativen wie narrativen Strukturen offenzulegen. Denn kaum einer trug ohne längeres Bedenken kurzerhand »nein« oder »keine« ein; vielmehr wurde abgewogen, bedacht und taxiert, die zu Überprüfenden befanden sich in Rechtfertigung ihres Tuns oder Nicht-Tuns. Die eingereichten Fragebögen wiederum geben über derlei Prozesse keinerlei Auskunft. Gleiches gilt für die Entlastungsschreiben, in denen nicht wenige der zu Überprüfenden – wohlgemerkt unaufgefordert – ausführlich die eigene Vergangenheit im Nationalsozialismus reflektierten. Auch deren Aufbau und die zur Anwendung gekommenen Strategien vermag Leßau über das ergänzende Quellenmaterial zu erschließen und dabei auch die offenkundigen Leerstellen zu erklären. Wie einseitig wiederum die Rede von den »Persilscheinen« ist, wird anhand der äußerst komplexen und langwierigen Aushandlungsprozesse deutlich, die eine Bitte um ein Leumundszeugnis nicht selten mit sich brachte. Immer wieder betonten die Angefragten, die meist aus dem (näheren) Bekanntenkreis der Fragenden stammten, gegenüber diesen ihre Eigenständigkeit; sie könnten allein dokumentieren, was sie aus eigener Anschauung erlebt haben – und dies auch mit Blick auf ihre eigene Glaubwürdigkeit. Manch einer der potenziellen Leumundgeber wies eine Anfrage auch brüsk zurück. So belegen die ausgewerteten Dokumente einerseits die allfälligen Schwierigkeiten im Sprechen über die nationalsozialistische Zeit, andererseits jedoch auch, wie intensiv Fragen der Mittäterschaft und

solche nach Verantwortung und Verstrickung in der privaten Kommunikation der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisiert wurden. Das Bild der *Mitläuferfabrik* wird den geschilderten Prozessen nicht gerecht.

So sehr auch die Auseinandersetzung der Einzelnen mit der eigenen NS-Vergangenheit, das Sich-Verorten im NS-Regime, im Zentrum der Arbeit stehen, gilt es sich bewusst zu machen, dass die tatsächliche Verwicklung der jeweiligen Personen bei Leßau eine eher marginale Rolle spielt. Dies ist zweifelsohne dem erfahrungsgeschichtlichen Zuschnitt geschuldet, zugleich aber insofern schade, als eine zusätzliche und vielleicht auch wichtige lebensgeschichtliche Dimension außen vor bleibt.

Am Beispiel des Hamburger Journalisten Hermann Okraß zeigt Leßau etwa en détail auf, wie dieser noch im Internierungslager damit begann, sich auf sein Entnazifizierungsverfahren vorzubereiten. Er spannte dafür auch seine ehemalige Sekretärin ein, um Auskunft über das einzuholen, was ihm bevorstand, und um das »strukturelle Informationsdefizit auszugleichen«. Gemeinsam mit seinem Vater korrespondierte er zeitgleich darüber, bei wem er Leumundszeugnisse erfragen könne. Es ist ein Beispiel von vielen, anhand dessen Leßau aufzeigt, wie akribisch sich die Verfahrensbetroffenen vorbereiteten und welch großen Raum das Entnazifizierungsverfahren in deren damaliger Lebenswelt einnahm.

Dass Okraß noch am 2. Mai 1945, zwei Tage nachdem sich Adolf Hitler das Leben genommen hatte, diesem einen umfangreichen Nachruf in der *Hamburger Tageszeitung* widmete – im Übrigen den einzigen, der in einem nationalsozialistischen Presseorgan erschien –, erwähnt die Historikerin jedoch nicht. Doch wäre interessant zu erfahren, wie

sie diesen Text in ihre Überlegungen einordnen würde. In jenem mit *Abschied von Hitler* überschriebenen, ebenso aberwitzigen wie befremdlichen Text vom 2. Mai 1945 zeichnete Okraß noch in den Stunden, in denen sich der Zusammenbruch des »Dritten Reiches« bereits überall abzeichnete, Hitler als »große[s], helle[s] Licht«, als den »Gewaltige[n]«, der »das Beste für sein Volk gewollt« habe. Der SA-Standartenführer, Gauverlagsleiter, Journalist und damalige Chefredakteur Okraß wurde durch die Spruchkammer unter Missachtung der genannten Funktionen als »Mitläufer« eingestuft.

Es hätte durchaus interessiert, wer sich für Okraß in einem Leumundschreiben verbürgte und wie dieser sich persönlich rechtfertigte. Denn zweifelsohne war er mit seiner Verteidigungsstrategie erfolgreich: Durch die Spruchkammer wurde ihm lediglich jegliche publizistische Arbeit verwehrt, was ihn im Übrigen nicht davon abhalten sollte, in den folgenden Jahren in Hamburg ein Pressebüro zu betreiben. Doch wie Okraß' Mitgliedschaften und praktizierte NS-Begeisterung finden auch Ausgang und Nachgeschichte bei Leßau keine Erwähnung. Die wirklichen Beweggründe für Sympathie bis hin zur Mittäterschaft sparen die analysierten *Entnazifizierungsgeschichten* ebenso oft aus wie ein mögliches aufkommendes Schuldbewusstsein. So bleibt der Eindruck, es sei am Ende eben doch vordergründig darum gegangen, den eigenen Hals aus der Schlinge zu ziehen. Trotz dieses Einwands ist es das Verdienst Hanne Leßaus, das etablierte Deutungsnarrativ vom Scheitern der politischen Überprüfung ehemals Belasteter anhand der von ihr ebenso anschaulich wie konzise dargestellten *Entnazifizierungsgeschichten* systematisch hinterfragt und ein Stück weit aufgebrochen zu haben.

Der schwedische Literat Stig Dagerman wohnte für seine 1946 verfassten Reportagen über den *Deutschen Herbst* verschiedenen Spruchkammersitzungen in der amerikanischen Besatzungszone bei – in der britischen Zone waren diese erst ab dem Frühjahr 1947 öffentlich. Sie erschienen ihm mit ihren »endlosen Zeugenvernehmungen, bei denen keine einzige noch so kleine Handlung des Angeklagten während der zwölf maßgeblichen Jahre als zu unwichtig angesehen wird, um vernachlässigt werden zu können, wie praktisch angewandter Existenzialismus«. Hanna Leßau hat mit ihren *Entnazifizierungsgeschichten* überzeugend gezeigt, dass bereits die vorbereitende Arbeit der Überprüften nicht minder existentialistisch war. Denn die für das Entnazifizierungsverfahren entwickelten apologetischen Selbstbilder und die für eben diese herangezogenen Leumundszeugnisse sollten, wie Leßau anhand eines Interviewprojekts des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zu belegen vermag, selbst in den 1950er Jahren noch Grundlage für die eigene Lebensgeschichte werden – und dies unabhängig davon, wie sehr die Befragten das Verfahren in äußerst negativer Erinnerung behalten hatten.

Alexander Kraus (Wolfsburg)

## Umwelt und Herrschaft in der DDR

Christian Möller, *Umwelt und Herrschaft in der DDR. Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 234), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2020, 396 S., 3 Abb. u. 5 Tab., 59,99 €

Mit dem von oppositionellen ostdeutschen Umweltaktivisten verbreiteten

Film *Bitteres aus Bitterfeld* über die Auswirkungen der chemischen Industrieproduktion wurde 1988 endgültig manifest, wie sehr die späte DDR mit massiven Umweltproblemen zu kämpfen hatte. Zusammen mit Bildern aus dem vom Waldsterben stark geschädigten Erzgebirge prägte der im Herbst 1988 in der ARD-Sendung »Kontraste« gezeigte Film lange eine Deutung, wonach die DDR umweltpolitisch gescheitert sei und dies zum Ende des staatssozialistischen Regimes im Jahr 1989 beigetragen habe. Indirekt wurde die Bundesrepublik Deutschland auf diese Weise in einem Ost-West-Systemvergleich zur umwelthistorischen Gewinnerin erklärt.

Mittlerweile inspirieren nicht nur die Probleme, die demokratisch verfasste Staaten in der Gegenwart mit dem Klimawandel, der industrialisierten Landwirtschaft oder den Folgen des voranschreitenden Städtewachstums haben, veränderte Sichtweisen auf die Vergangenheit. Auch neuere Forschungen zur DDR-Umweltgeschichte ordnen die Entwicklung bis 1989 neu und ausgewogen ein. Bereits 2015 hat Tobias Huff eine Studie vorgelegt, in der er auf die staatliche Politik fokussierte und umweltpolitische Ansätze des Regimes herausarbeitete. Erst die Zielsetzung Erich Honeckers, durch eine propagierte Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik und die in der Folge geschaffenen Konsumangebote die Zufriedenheit der Bevölkerung zu sichern, habe zu einer deutlichen Vernachlässigung des Umweltsektors beigetragen. Huff betonte zudem, dass eine Umweltgeschichte der DDR nicht nur »von oben« (aus Herrschaftsperspektive) und »vom Ende her« (also mit Blick auf das Ende der 1980er Jahre) geschrieben werden sollte.

Aus dieser Perspektive heraus ist auch das von Christian Möller vorgelegte Buch über Umwelt und Herrschaft in der DDR verfasst. Er untersucht zugleich

Funktionsweisen und Praktiken der DDR-Herrschaft und bezeichnet seine Forschung als »Teil einer erweiterten Gesellschaftsgeschichte«. Er nimmt damit in der Tat einen bisher unterbelichteten Bereich der umwelthistorischen Forschung zu den Ländern des Staatssozialismus in den Blick. So nehmen frühere Arbeiten nicht nur oftmals eine teleologische Ausrichtung ein, wonach sozialistische Staaten umweltpolitisch zum Scheitern verurteilt gewesen wären. Oft wurde auch eine starke Trennung und Polarisierung zwischen staatlichem Handeln und oppositionellem Umweltdiskurs vorgenommen. Dabei gerieten nicht selten das Agieren des staatlich organisierten Natur- und Umweltschutzes, die Umsetzung von Maßnahmen vor Ort oder die Frage, inwieweit Natur- und Umweltfragen »verhandelt« wurden, aus dem Blick. Insbesondere diese Aspekte untersucht der Autor, indem er unter anderem Eingaben an den Staat analysiert und so nach den Spielräumen und Grenzen einer »partizipatorischen Diktatur« fragt.

Die vorliegende Studie ist in drei Abschnitte gegliedert: Nachdem im ersten Kapitel Akteure und Umweltdebatten in der Frühphase der DDR untersucht werden, folgt im zweiten Kapitel die Analyse der 1960er und frühen 1970er Jahre. Gerade in diesem Zeitraum sieht der Autor einen »ökologischen Aufbruch«, verbunden mit dem Bestreben, den Umweltsektor als politisches Feld zu etablieren. Im dritten Kapitel wird schließlich dargestellt, wie und warum der umweltpolitische Aufbruch spätestens in den 1980er Jahren scheiterte.

Für die Frühphase der DDR benennt Möller zunächst im Vergleich zu Westdeutschland wichtige strukturelle Unterschiede, die Einfluss auf die Umweltentwicklung in Ostdeutschland hatten. Neben einem kriegsbedingt verzögerten Wiederaufbau (hier nennt er vor allem das

größere Ausmaß der zu leistenden Reparationen) relativierte sich das »1950er-Jahre-Syndrom« in der DDR. So standen im wesentlich geringeren Maße als in Westdeutschland fossile Energien zur Verfügung. Großes Gewicht kam dagegen dem Wasser als natürliche Ressource und dem industriell bedingt hohen Verschmutzungsgrad zu. Neben dem Problem der zu geringen Zahl an Kläranlagen ist auch der Hinweis von Möller beachtenswert, dass das Land aufgrund seiner naturräumlichen Voraussetzungen über begrenzte Wasserressourcen verfügte. Wichtig ist seine Einordnung, wonach sich bis in die 1960er Jahre Bewertungen im Bereich von Wasserschutz und Hygiene nicht wesentlich vom Vorgehen in der Bundesrepublik unterschieden. Ein relevanter Unterschied war aber bereits in dieser Phase, dass es, anders als in Westdeutschland, in der DDR nicht zu einer »Vernetzung« von Akteuren unter Einbeziehung kritischer Medien oder protestierender Gruppen kam. Eine wichtige Entwicklung benennt der Autor im Bereich des Naturschutzes, in dem in Abkehr von konservierenden Konzepten in Anlehnung an den Denkmalschutz die Idee der aktiven Naturgestaltung gefördert wurde. Allerdings wird dieser Bereich nur angedeutet. Hier wäre eine weitergehende Darstellung, bis hin zur Frage, inwieweit die Protagonisten dadurch auch politische Vorstellungen landschaftlich umsetzen wollten, interessant gewesen.

Im zweiten Kapitel beschreibt der Autor einen »ökologischen Aufbruch«. In der Tat kam es seit den 1960er Jahren zu umfassenden Änderungen: Aufbauend auf einer Verwissenschaftlichung des Themas entstanden ein »Landeskulturgesetz« und Initiativen, die die Bevölkerung durch Mitmachaktionen für den Umweltbereich zu sensibilisieren suchten. Hinzu kam die Einrichtung eines Umweltministeriums, was mit der

Schaffung entsprechender Stellen auch auf mittlerer und lokaler Ebene korrespondierte. Möller verdeutlicht, wie sehr sich das Regime mit diesen Maßnahmen langfristig unter Druck setzte; denn an diesen Setzungen wurde die Umweltpolitik später gemessen.

Das dritte Kapitel ist der Frage gewidmet, woran trotz vorhandener Ansätze die DDR-Umweltpolitik letztlich scheiterte. Möller erklärt dies neben der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung mit der Abkehr von einem gestalterischen umweltpolitischen Anspruch hin zu einer Flickschusterei. Während diese Aspekte bereits mehrfach diskutiert wurden, setzt er mit seinem Blick auf das Umweltengagement der Bevölkerung einen wichtigen neuen Akzent. Anhand des Eingabewesens und der Umweltbewegung unter dem Dach des Kulturbundes verdeutlicht er, wie wichtig es ist, einen möglichst breiten Zugang zu wählen, um die Wirkmächtigkeit der DDR-Umweltbewegung abschätzen zu können. Damit verbunden ist bis heute das Problem, kritisches, aber staatskonformes Engagement für Natur und Umwelt anzuerkennen.

Die vorliegende Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Umweltgeschichte des Staatssozialismus. Sie benennt die ökologischen Problemlagen, bettet ihre Schilderung aber zugleich in größere Kontexte wie die ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR oder naturräumlich-strukturelle Voraussetzungen ein. Basierend auf dem Konzept einer »partizipatorischen Diktatur« verdeutlicht der Autor, wie sehr das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung verbreitet war und es trotz massiver Einschränkungen Kommunikation zwischen Regime und Gesellschaft gab. Auch wenn sie noch stärker hätte herausgearbeitet werden können: Weiterführend ist insbesondere die Analyse des staatskonformen, aber

kritischen Umweltengagements sowie der Blick auf den staatlich implementierten Naturschutz. Gerade in diesem Punkt ist dem Ausblick des Autors zuzustimmen: Hier ist noch eine spannende umwelthistorische Aufarbeitung zu den Ländern des Staatssozialismus zu erwarten.

Martin Zückert (München)

## Buying Gay

David K. Johnson, *Buying Gay. How Physique Entrepreneurs Sparked a Movement*, New York (Columbia University Press) 2019, 308 S., 51 Abb., 32 USD

Seit Jahr und Tag gehört der Kommerzialisierungsvorwurf zum polemisch-kritischen Arsenal schwuler oder queerer Bewegungspolitiken und Geschichtsnarrative. Weil männerbegehrende Männer, so der Vorwurf, der Verlockung des Konsums, dem schönen Schein der Vermarktung und dem irrlichternden Glücksversprechen des Wettbewerbs erlagen – von Fitness-Centern und Dating-Apps über regenbogenfarbige Manschettenknöpfe und Keith-Haring-Reproduktionen bis hin zu schwulen Kreuzfahrten und Hochzeitstorten – sei der in einem umfassenden Sinn emanzipatorische und anti-kapitalistische Entwurf der radikalen Schwulenbewegung der 1970er Jahre zum Scheitern verurteilt gewesen.

Der Historiker David K. Johnson dreht in seiner Geschichte der homophilen Kultur in den USA der Nachkriegsdekaden den Spieß dieser Argumentation um. Er begreift schwule Befreiung nicht zuallererst als Befreiung aus den Fängen des Marktes, sondern die Entstehung schwuler Marktmacht vielmehr als eine unerlässliche Voraussetzung für die seit den späten 1960er Jahren errungenen emanzipatorischen Erfolge.

Wer den Kampf gegen die Unterdrückung und für die gesellschaftliche Anerkennung sowie die rechtliche Gleichstellung sexueller Minderheiten also wirklich verstehen will, der dürfe sich nicht nur auf die im engeren Sinn politische Schwulenbewegung konzentrieren, sondern müsse die breitere schwule Szene inklusive der Konsumkultur in den Blick nehmen.

Diese These untermauert Johnson in einer konzisen Einleitung und in sechs ausgesprochen gut lesbaren und grob chronologisch organisierten Kapiteln, die jeweils bestimmte, für die *physique culture* der 1950er und 1960er Jahre entscheidende Akteure und Organisationen beleuchten. Im Zentrum dieser ›Körperbau-Kultur‹ steht die Attraktivität von mehr oder weniger nackten, männlichen Modellen. Verschiedene Zeitschriften und Netzwerke zelebrierten deren Schönheit, wobei sie sich allmählich aus dem Kontext des sportlichen *body building* lösten und sich immer expliziter auf zwischenmännliche Erotik konzentrierten – sehr zum Missfallen homopolitischer Organisationen wie der Mattachine Society, die ein ›anständigeres‹ Bild der Homosexuellen entwerfen wollten.

Bob Mizer ist der Held des ersten Abschnitts. In seiner Zeitschrift *Physique Pictorial* begann er bereits in den 1950er Jahren auf die Tarnung durch heteronormative Muskel-Maskulinität zu verzichten und setzte sich offen für die Rechte der homosexuellen Minderheit ein. Das zweite Kapitel widmet sich dann Donald Webster Cory, der einen Versandhandel mit Büchern zu schwulen Themen aufbaute, den die jüdische Familienmutter Elsie Carlton aus Long Island nach 1957 für zehn Jahre erfolgreich weiterführte. Die *Grecian Guild* sowie ihre Gründer Randolph Benson und John Bullock, die unfern der University of Virginia mit studentischen Modellen antike Vorstellun-

gen von Homoerotik re-inszenierten, und die zwischen 1958 und 1964 auch Leser-Kongresse in New Orleans, San Francisco und Kansas City veranstalteten, stehen im Zentrum des dritten Abschnitts.

Das vierte Kapitel konzentriert sich auf Zensur und Verfolgung, vor allem auf die 1959 von Postmaster General Arthur Summerfield begonnene Kampagne gegen ›Schund und Schmutz‹. Da die *Physique*-Unternehmer, die mit ihren kommerziellen Angeboten die Nachfrage nach homoerotischer Literatur und männlichen Aktfotos bedienten, ihre oft auf dem Land lebende Kundschaft nur auf dem Postweg erreichen konnten, zählten die Inspektoren des U.S. Post Office Department, der ältesten Strafverfolgungsbehörde der USA auf Bundesebene, zu ihren gefährlichsten Gegnern. Sie infiltrierte Adresslisten unter Decknamen, verhafteten zahlreiche Männer – allein 1964 waren es 800 – oder entzogen ihnen ihre Lebensgrundlage, indem sie ihre Homosexualität gezielt öffentlich machten. Für die Abwehr dieser homophoben Attacken war, wie Johnson im fünften Abschnitt zeigt, mit Lynn Womack ein Unternehmer entscheidend, der mit seinem *Physique*-Imperium ein Vermögen angehäuft hatte. Dieses erlaubte es ihm, Lobby-Politik zu betreiben und mit Stanley Dietz einen bürgerrechtsbewegten Anwalt zu verpflichten, der 1962 vor dem Supreme Court einen entscheidenden Sieg errang. Dem zufolge durfte fortan alles, was nicht *patently offensive* war, verschickt werden, also auch Fotos von nackten Männern. Das sechste und letzte Kapitel zeichnet dann die ähnlich gelagerte Geschichte von Lloyd Spinar und Conrad Germain nach, die mit Directory Services, Inc. einen schwunghaften homophilen Versandhandel und eine Kontaktbörse betrieben, bevor sie ins Visier der Behörden gerieten. 1967 entschied ein Bundesgericht zu

ihren Gunsten und sorgte damit für eine regelrechte Blüte schwuler Pornomagazine. Den Nachhall der *physique culture* in der schwulen Politik und Kultur der 1970er und 1980er Jahre, insbesondere mit Blick auf den Fotografen, Party-Veranstalter und Verleger Chuck Renslow sowie die Lederszene Chicagos, beleuchtet ein abschließender Ausblick.

Das Argument von den emanzipatorischen Effekten der Kommerzialisierung ist stichhaltig, auch wenn Johnson es mitunter allzu großspurig vorträgt. An einer Stelle behauptet er beispielsweise, die schwule Bewegung der 1970er Jahre stehe nicht in der Nachfolge von Marx und Lenin, sondern in der von Adam Smith und Alexander Hamilton. Außerdem verweist der Autor selbst auf mögliche Einwände, ohne diesen weiter nachzugehen. Dass die Kräfte des Kapitalismus der schwulen Sache nicht immer dienlich waren, wird unter anderem dort deutlich, wo die *physique entrepreneurs* als Konkurrenten aufeinandertrafen und sich erbarmungslos gegenseitig aus dem Markt drängten. In diesem Sinn unterschieden auch die Zeitgenossen klar zwischen den Dimensionen des kommerziellen *enterprise* und des politischen *movement*. Und diese Bewegung konnte von der Kommerzialisierung, wie Johnson selbst mitunter einräumt, sowohl befördert als auch behindert werden, beispielsweise weil aufgrund von Einkommensunterschieden nicht alle Schwulen am konsumierenden Aufbegehren mittels homophiler Grußkarten und Badetücher teilnehmen konnten. Noch schwerer ins Gewicht fällt jedoch, dass Johnson das Bestellen solcher Produkte und das Investieren der Gewinne in juristische Verfahren als Akte des politischen Widerstands interpretiert, ohne klar festzustellen, dass dies nur solange gilt, als man es auf der Gegenseite mit plumpen Strategien der Repression zu

tun hatte, wie sie der Haudrauf Arthur Summerfield verfolgte. Gegen komplexe Formen der Stigmatisierung kann die geballte Kraft schwulen Konsums nicht unbedingt viel ausrichten.

Wenig überzeugend ist auch Johnsons Versuch, die *physique culture* vor Kritiker\*innen in Schutz zu nehmen, die sie als rassistisch beschreiben. Diesen Vorwurf lässt Johnson nur für die *Grecian Guild* gelten, weil die Macher dieses Magazins so tief in die Strukturen und Denkweisen des US-amerikanischen Südens der Jim-Crow-Ära verstrickt gewesen seien, dass sie die Rückbesinnung auf die Werte der alten Griechen für ein passables Mittel hielten, um in einer von *racial strife* und anderen Übeln geprägten Gegenwart neue Ordnung zu stiften. Die anderen Herausgeber hätten dagegen nur deswegen kaum Fotos von nicht-weißen Modellen veröffentlicht, weil die zahlende weiße Kundschaft nicht danach verlangt habe und weil die prospektiven nicht-weißen Leser meist zu arm gewesen seien, um eine finanziell lukrative Nachfrage zu begründen. Rassismus eben. Johnson belässt es jedoch bei dem eher lapidaren Kommentar: »Indeed, the same pressures of capitalism that facilitated community formation also limited participation in it.«

Problematisch bleibt letztlich zudem Johnsons Zurückweisung des Vorwurfs, die *physique magazines* hätten einem gewissen *body fascism* Vorschub geleistet. Zwar ist es interessant zu wissen, dass sich auch kränkliche und nicht durchtrainierte Leser an der *vision of health, happiness, and camaraderie* erfreuen konnten, die die Zeitschriften einem Leserbriefautoren zufolge verbreiteten, aber damit ist das Problem der Propagierung von Schlankheits- oder Fitnessidealen doch nicht aus der Welt. Hier verbaut sich Johnson selbst weiterführende analytische Perspektiven, weil er zu sehr darauf bedacht ist, die Hel-

den seiner Geschichte in ein ausschließlich positives Licht zu rücken.

Trotz dieser Einwände: David Johnson hat ein großartiges Buch mit faszinierenden Details und einer starken These vorgelegt, das auch für Forschungen zur Homosexualitätengeschichte der frühen Bundesrepublik wichtige Anregungen bietet. Das gilt, erstens, für den Konflikt zwischen homopolitischen Organisationen und kommerziellen Zeitschriften. Dieser war zwar in Westdeutschland weniger heftig als in den USA. Anders als die amerikanische Mattachine Society grenzten sich Vereine wie die Internationale Homophile Welt-Organisation in Hamburg nicht systematisch von Zeitschriften wie *Der Weg zu Freundschaft und Toleranz* ab. Und diese druckten *Physique*-Fotos aus den USA ebenso ab wie im Vergleich vermeintlich »seriösere« Abhandlungen über Homosexualität in der Antike oder die bundesrepublikanische Debatte zur Strafrechtsreform. Aber Streit zwischen denjenigen, die politischer Ernsthaftigkeit das Wort redeten, und denjenigen, denen eher an Konsum und Vergnügen gelegen war, gab es auch in der Bundesrepublik. Zweitens zeigt Johnson, dass sich Zensur und Repression in den USA um 1960 deutlich intensivierten. Anzeichen für eine ähnliche Entwicklung finden sich auch in den westdeutschen Quellen. Gleiches gilt, drittens, für die Einsicht – ein genereller Trend der Forschung in den letzten Jahren –, dass die homophile Welt der Nachkriegsdekaden weit weniger versteckt und verschämt war als bisher angenommen. Und viertens belegt *Buying Gay* eindrucksvoll, dass detaillierte Forschungen zur Entstehung und zu den Effekten queerer Konsument\*innenmärkte ein enormes Erkenntnispotential bieten, das für den deutschen Fall noch weitestgehend der Erkundung harret.

Benno Gammerl (Florenz)

## Tschernobylkinder

Melanie Arndt, *Tschernobylkinder. Die transnationale Geschichte einer nuklearen Katastrophe (Umwelt und Gesellschaft; Bd. 21), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2020, 499 S., 18 Abb. u. 6 Tab., 54,99 €*

Die Reaktorexpllosion, die sich am 26. April 1986 im AKW Tschernobyl ereignete, war eine Jahrhundertkatastrophe. Der Soziologe Ulrich Beck sprach unmittelbar nach dem bis dahin weithin für undenkbar gehaltenen Super-GAU von einem »anthropologischen Schock«. 35 Jahre später bezeichnete eine Expertengruppe der Weltgesundheitsbehörde (WHO) die Covid-19-Pandemie als Tschernobyl des 21. Jahrhunderts und bestätigte damit die einschneidende Bedeutung des Super-GAUs. Wie sehr Tschernobyl das Leben und die Vorstellungswelt der Menschen in den betroffenen Regionen veränderte, wurde bisher vor allem literarisch beschrieben, besonders eindringlich durch die Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch in ihrem Buch *Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft*. Hingegen setzten sich politikwissenschaftliche Studien vor allem mit den Auswirkungen auseinander, welche die Tschernobyl-Katastrophe auf die weltweite zivile Atomenergienutzung, auf das Ende der Sowjetunion sowie die politische Entwicklung der Republik Belarus und der Ukraine hatte.

Mit ihrer Studie zu den »Tschernobylkindern« wählt Melanie Arndt einen neuen Ansatz, um zu erfassen, wie Tschernobyl zum konstituierenden Ereignis für eine ganze Generation werden konnte. Ihr Ziel ist es, »die sozialen und politischen Folgen des Zusammenstreffens einer nuklearen Katastrophe mit dem Untergang einer Weltordnung – dem Kalten Krieg – mittels einer »Mik-

rogeschichte des Globalen« zu erfassen. Arndt entscheidet sich damit bewusst für eine subjektbezogene Zeitgeschichte aus der Perspektive der Beteiligten. Neben den durch Tschernobyl unmittelbar betroffenen Kindern stehen dabei die sich für diese Kinder engagierenden zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre transnationalen Netzwerke im Fokus.

Arndt ordnet ihre Untersuchung in vielfältige theoretische Zusammenhänge und wissenschaftliche Diskurse zu Transformationsprozessen, internationalen Beziehungen, Umweltgeschichte, Generationenentwicklung, Traumabewältigung u.a. ein. Dadurch wird die Entstehung des Worts »Tschernobylkinder« als Selbst- und Fremdbezeichnung im Vergleich zu anderen auf historische Schlüsselerlebnisse bezogenen Generationsbezeichnungen, wie »Kriegskinder« oder »Trümmerfrauen«, nachvollziehbar.

Diese theoretischen Ausführungen verbindet Arndt mit der Darstellung von konkreten Einzelschicksalen und Initiativen, die sie mit Hilfe von zahlreichen Archivquellen, Medien und Interviews rekonstruiert. In ausgeprägter Wissenschaftssprache geschriebene Passagen wechseln sich dadurch mit Passagen ab, die an journalistische Reportagen erinnern. Insgesamt ergibt sich dadurch ein Buch, das trotz seines Umfangs auch über Forschungskreise hinaus gut lesbar ist. Bisweilen führt der journalistische Stil allerdings zu wertenden Formulierungen, wie sie für ein Sachbuch dieser Art nicht angemessen sind. Dies gilt beispielsweise für den Satz: »Der Westen rief zur Solidarität mit der siechen Weltmacht Sowjetunion auf, die im Prozess ihres Zerfalls den längst porösen Eisernen Vorhang öffnete, die Tschernobylkinder vorschob und um Hilfe bat.«

Im Mittelpunkt der Studie stehen Erholungsaufenthalte von belarussischen »Tschernobylkindern« in den USA

zwischen 1991 und 2008. Arndt gelingt es, die unterschiedlichen Erwartungen und Wahrnehmungen der beteiligten amerikanischen Initiativen und Gastfamilien, der eingeladenen Kinder und ihrer Eltern sowie der sie entsendenden belarussischen Initiativen differenziert darzustellen sowie diese mit ihren unterschiedlichen sozial-kulturellen Bezügen, Motiven und Interessen zu erklären. Dabei beschreibt sie anschaulich die Dilemmata der »operativen Unvermeidbarkeit substanzieller Ungleichheit«, die sich aus der asymmetrischen Rollenverteilung zwischen Helfenden und Katastrophenopfern, »Siegern« und »Verlierern« des Kalten Krieges sowie dem Wohlstandsgefälle ergeben. Besonders hervorzuheben ist Arndts transparente und multiperspektivische Schilderung von Konflikten innerhalb der Hilfsbewegung, die sich u.a. um die Finanzierung der Aufenthalte, die Auswahl der Kinder oder die Programmgestaltung vor Ort drehen.

Die in den 1990er Jahren teilweise heftig diskutierte These, dass die belarussischen Kinder im westlichen Ausland einen »Kulturschock« erleiden, weist Arndt zwar eindeutig zurück. Gleichzeitig zeigt sie anhand der Lebensläufe der eingeladenen Kinder und ihrer Begleitpersonen jedoch, wie unterschiedlich die Begegnung mit den unbekannten Lebensverhältnissen verarbeitet wurde: während manche zu US-amerikanischen Staatsbürger\*innen wurden und neue Karrieren für sich eröffneten, blieb für andere der Aufenthalt nur eine Episode, die keinerlei eigenes zivilgesellschaftliches Engagement anstieß oder gar anti-westliche Haltungen beförderte. Insgesamt verortet Arndt die Wirkungen der Auslandserholungsaufenthalte eindeutig im kulturellen und sozialen Bereich und charakterisiert sie damit explizit nicht als medizinisch sinnvolle Maßnahmen.

Der Fokus des Buchs auf die USA verwundert insofern, als dorthin nur 12.526 der insgesamt 993.178 Kinder reisten, die zwischen 1990 und 2015 nachweislich an Erholungsprogrammen im Ausland teilnahmen. Die aktivsten Aufnahmeländer waren vielmehr Italien (461.345), Deutschland (205.492) und Spanien (80.651). Für diese Vorgehensweise spricht, dass das amerikanische Engagement aufgrund der großen geographischen Entfernung symbolisch für die Wahrnehmung der Tschernobylkinder als »Kinder des gesamten Planeten« steht. Außerdem lassen sich am Beispiel der Supermacht USA in besonderem Maße die Auswirkungen des Systemwettbewerbs im Kalten Krieg auf die Tschernobyl-Hilfe zeigen – zumal die Sowjetunion ihrerseits 1990 und 1991 mit viel Aufwand Erholungsaufenthalte für mehrere Hundert Tschernobylkinder auf Kuba organisiert hat, die Arndt ebenfalls eingehend beschreibt. Ein wesentlicher Nachteil dieses Ansatzes ist, dass die zunehmende Verknüpfung der Auslandserholungsmaßnahmen mit anderen Formen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit und Ansätzen der strukturellen Hilfe in Belarus, wie sie für zahlreiche europäische Initiativen charakteristisch ist, und deren spezifische Motive unterbelichtet bleiben.

Eine weitere zentrale Blindstelle des Buchs besteht darin, dass Arndt sich ab Mitte der 1990er Jahre fast ausschließlich auf die privaten Tschernobyl-Initiativen in Belarus konzentriert, während sie für die Spätphase der Sowjetunion den staatlichen und den zivilgesellschaftlichen Umgang mit den Tschernobylkindern systematisch in ihren Wechselwirkungen vergleicht. Arndt betont, dass die Pläne der belarussischen Führung, bis 1995 insgesamt 39 neue Kindererholungszentren im eigenen Land zu errichten, nie realisiert worden seien. Hingegen bleibt der Aufbau von immerhin

neun staatlichen Rehabilitations- und Erholungszentren für Tschernobylkinder nach 1995 unerwähnt. Dabei wäre das von Arndt ausführlich beschriebene repressive Vorgehen des seit 1994 herrschenden Präsidenten Lukaschenka gegen die Stiftung »Den Kindern von Tschernobyl« als größter zivilgesellschaftlicher Organisation ohne die aktive staatliche Tschernobylkinder-Politik nicht denkbar. Zudem wäre es eine spannende Frage, inwieweit sich Lukaschenkas Politik in diesem Bereich an den sowjetischen Vorstellungen einer glücklichen Kindheit orientierte. Gleichzeitig überinterpretiert Arndt die Rolle des autoritären Führungsstils Lukaschenkas für die Abkehr von der staatlichen Umsiedlungspolitik hin zu einer schrittweisen Wiederbelebung und Rehabilitierung der kontaminierten Regionen. Denn ein vergleichbarer Paradigmenwechsel ist auch in der Tschernobyl-Politik der Ukraine erfolgt – wobei hier keine mit Belarus vergleichbaren staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Tschernobylkinder realisiert wurden.

Die systematische Einbeziehung der europäischen Tschernobyl-Initiativen und der staatlichen belarussischen Tschernobyl-Politik unter Lukaschenka hätte freilich den Rahmen dieser ohnehin bereits umfangreichen Studie gesprengt und wäre zu Lasten der angestrebten »Mikrogeschichte des Globalen« erfolgt. Es ist daher zu hoffen, dass dieser Pionierarbeit weitere Studien zum Phänomen der Tschernobylkinder folgen.

*Astrid Sahm (Berlin)*